

Waren wurden die Anträge des Zentrums und der Nationalliberalen gegen die Stimmen der Rechten angenommen, die der übrigen Parteien an eine Kommission verweisen. Bernaght schlossen die Herren M. d. R. ihre Wappen, um hinaus zu eilen und vielleicht noch einen Vorkittappatz nach der Heimat zu erwischen, denn erst am Mittwoch geht es wieder los.

Im Abgeordnetenhaus

wurde die Einzelberatung des Landwirtschaftsetzels fortgesetzt. Man erörterte in der Hauptsache zunächst die Forderung des Obst-, Wein- und Gemüsesektors, wobei im Besonderen die Wein- und Gemüsebauern, die in den letzten Jahren die beiden daselbst hiesigen, zur Förderung von Obst-, Wein- und Gartenbau erhobene Mittel in den Etat von 1915 einzusetzen. Der Freiwirtschaftler Dr. Varenhorst weist darauf hin, daß man mehr Interesse der Konföderation von Kartoffeln durch Trodenapparate zuwenden solle. Der Landwirtschaftsminister erklärt, daß die Verluste bisher das Resultat gegängelt hätten, daß die Trodenapparate zu teuer für die Praxis arbeiteten. Eine weitere Ermäßigung des Eisenbahntarifs für Kartoffeln sei seitens des Eisenbahnministers nicht zu erwarten. Doch müßten die Landwirte dahin streben, die Kartoffeln in größtem Maße zu Futterzwecken zu verwenden, um bezüglich der Futtermittel vom Auslande unabhängig zu werden. — Die Konföderation, das Zentrum und die Nationalliberalen verlangen Jollschuß für Gemüse. Dr. Varenhorst (Freil.) ist auch für den Schulloß, betont aber sonst, daß er sich nur den Fortschrittler in der Gemüsefrage identifizieren könne. Dann spricht Delius (Sp.) zu seinem Antrag. Es könne noch viel gegeben für den Anbau von Obst und Gemüse. Die Regierung müsse in dieser Hinsicht auf die Gemeinden einwirken lassen. Schulloß ist überflüssig. Die Konföderation wollen sogar den Weertrepp mit Joll belegen, obgleich 40 000 D. ausgeführt über nur 400 D. eingeführt würden. Der Sozialdemokrat Paul Hoffmann weist darauf hin, daß der Joll eine neue Belastung der vermögenseisten Volksschichten bedeuten würde, die auf billiges Gemüse und Obst angewiesen seien. An Stelle der Religionsstunden solle man lieber Gartenbauunterricht treten lassen. Der Minister meint, daß der Gartenbau in den letzten zehn Jahren große Fortschritte gemacht habe und auch die Staatskasse um mehr als das Doppelte gelitten sei. Er tritt für das gärtnerische Unterrichtsweesen ein, das ausgebaut werden müsse. In gärtnerischen Kreisen mache sich der Wunsch nach Gartenbauvereinen geltend. Wenn er im Erlaß des vergangenen Jahres einen großen gärtnerischen Verband, der sich unter sozialdemokratischer Leitung gestellt habe, nicht berücksichtigt hätte, so läge das daran, daß die Interessen der Sozialdemokraten denen des Staates zuwider liefen. Auch genossenschaftliche Organisation ist wünschenswert. Später setzte sich auch der Minister für einen Gemüsejoll ein — wenn es denn nicht andersginge. Man sprach über Einbau, Bekämpfung des Sauerwurms usw. und Herr von Schorlemer ver sprach, sein alle Mittel bereit stellen zu wollen. Unter Heiterkeit und Umgebu der Abgeordneten, die gern heim wollten, gab es dann noch einen kleinen Hahn-entkampf; weil lagen, eine Auseinandersetzung zwischen Dietrich Hahn (konf.) und Varenhorst — de Wente (nlib.). Angefangen wurde er dadurch, daß der Nationalliberal meinte, er wäre für Schulloß, aber nicht für den ertrinken. Das nahm ihm Hahn ab, und so ging es denn hin und her über alles mögliche — am meistenten allerdings über den Gemüsebau. Herrsch-Berlin (Soz.) meinte, man solle sich künftig der Sitzung vom 24. Januar erinnern, wenn man den Sozialdemokraten den Vorkurs mache, daß sie die Debatten in die Länge zögen. Radtke (F. B.) sagte Herrn Hahn, er möchte seine allgemeinen Debattensätze aufstellen für die Generaldebatte aufheben, aber nicht — wenn es ihm nun gerade einmal passe — die Verhandlungen aufstellen. Nachdem der Antrag Delius zugunsten des Antrags der Budgetkommission zurückgelesen worden war, nahm man den letzten an und vertagte sich auf Montag 11 Uhr.

Soll Konstantinopel ein neues Dmüg werden?

Von militärischer Seite wird uns geschrieben: M. p. Die Entwicklung der Dinge in Verbindung mit dem Schicksal der Limanischen Militärmission ist, wie in Hofkreisen verlautet, vom Kaiser mit steigender Beunruhigung empfunden worden. Das wäre nur allzu verständlich. Er hatte sich, beraten von den politisch verantwortlichen Zivilisten, die Bestimmung über die Zusammenlegung der Mission — die mit das Beste enthält, was bei uns Kriegsministerium, Generalstab und Truppe zu verstanden haben — ausdrücklich selbst vorbehalten, wie er auch, gleich dem Sultan, die betreffenden Dreters selbst genehmigt hat. Das unzufriedene Gefühl des Obersten Kriegsherrn über den bisherigen Verlauf der deutschen Missionstätigkeit am Goldenen Horn wird in hohem Maße vom Seeere geteilt. Man hält unter den Offizieren mit dem abnehmenden Urteil über das Vorgehen des Auswärtigen Amtes nicht zurück, das wiederum seine Erschließung zu große Vertrauenslosigkeit in die russische Haltung durch Einbrüche zu einschuldigen sucht, die der Novemberbesuch Kozlovjans in Berlin hinterlassen habe. Als beste und würdigste Lösung wird vielfach die unverzügliche Rückkehr v. Liman als Vorgesand und seiner Gefolge bezeichnet. Ebenfalls dürfte die Gewinnung weiterer geeigneter deutscher Instrukteure für die Türkei auf Schwierigkeiten stoßen. Das Kriegsministerium ist in der ganzen leidigen Angelegenheit lediglich vermittelnde Instanz zwischen dem Auswärtigen Amt und der Armee gewesen. Irrenden Vorkurs der Verwaltnis kann weder das Ressort Falkenhagens, noch auch das ebenfalls beteiligte Militärkabinett treffen.

Es ist das ungehörige baselise, was auch wir gesagt haben. Inere Diplomatie ist von der russischen annehmend eingewickelt. Ein anderes Gesicht erhält die Angelegenheit nur dadurch, daß in der Türkei augenscheinlich die Kriegspartei Oberwasser gewonnen hat. Es würde durchaus verständlich sein, wenn das Auswärtige Amt seinen Wert darauf legt, daß deutsche Offiziere in einem Feldzug gegen Griechenland Kommandostellen übernehmen. Andererseits aber müßte der Dretzelb doch wohl imstande sein, einen Krieg zu verhindern,

der der Türkei keinen Vorteil bringen kann, dagegen die Interessen Deutschlands in Kleinasien gefährdet.

Deutsches Reich.

h. Für innere Kolonisation. Die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses hat den Antrag gestellt, die Staatsregierung zu eruchen, im Interesse der Erhaltung und Stärkung des Bauernstandes und des gewerblichen Mittelstandes dahin zu wirken, daß vor Wählung von Besitz- oder Kaufverträgen über Domänen in weiterer Ausführung des Erlasses vom 1. April 1878 unter Ausbündung der bestehenden oder sonst interessierten Kommunalverbände, sowie der in Betracht kommenden gemeinnützigen Ansehungsvereinigungen und unter Berücksichtigung der nationalen Interessen eingehend erörtert werde, ob sich die Domäne nicht ganz oder teilweise zur Aufstellung im Wege der inneren Kolonisation eigne oder sich nicht ihre Verpachtung in einzelnen Parzellen empfehle, daß Verkäufe von Domänen zur ungetheilten Bewirtschaftung möglichst vermieden und überhaupt beim Verkauf oder Verpachtung von Domänen jeder Latifundienbildung entgegengetreten werde. Das Ergebnis jeder Maßnahme soll dem Landtage zur Kenntnisnahme übermietet werden.

Unterstützt Knittelshied aus dem Seeer. Der aus seinem Prozeß gegen den Hauptmann J. D. Kammiller in Rybnik bekannte Amtsrichter Knittel hat nunmehr, wie heute amtlich bekannt gegeben wird, den Wählloß als Leutnant der Landwehrartillerie 2. Aufgebots bewilligt erhalten. Seine Revision in dem Prozeß mit Hauptmann Kammiller wird heute das Reichsgericht zum zweitenmal beschäftigen.

Der Verzehtloß in Braunschweig. Das Oberverwaltungsamt hat an die Herzogliche Regierung des bringenden Erbes gerichtet, bis zum geliebten Sonntag eine Einigung zwischen Verzehtloß und Kassen herbeizuführen, oder den Krankenkassen aufzugeben, bis zu diesem Zeitpunkt die erforderlichen 12 Verzeht einzuzahlen.

Postker macht Schluß. Der „B. A. C.“ schreibt: Während man sich jetzt in bürgerlichen Kreisen ernstlich bemüht, die Zaberer Morden heilen zu lassen, denkt man in gewissen militärischen Kreisen augenscheinlich leider anders. Einen Major a. D. Schöfer in Zaberer läßt der Ruhm Fortmiers nicht schlafen. Wie jener mit der Wadesaffäre den ganzen Brand einschloß, der Deutschland erregt hat, so sucht dieser Offizier außer Dienst eine ihm angeblich angetane Unbilligkeit durch Beschimpfungen und Behrohungen der Zaberer Bevölkerung zu rächen. Dem Major a. D. ist zum Kreisdirektor in Zaberer die Ausfertigung eines Waffenscheines verweigert worden. Die Kreisdirektion dürfte dazu wohl ihre guten Gründe gehabt haben. Was tut dieser neue Welt auf dem Zaberer Schlachtfeld? Er veröffentlicht folgende Schmähungen im „Zaberer Tegetblatt“ gegen die Bürgerliche Zaberer:

„In einer Stadt, in der der öffentlich gebrandmarkt Lügner eine Einschüß seines Ansehens nicht erbeibt, wohl aber und sehr erheblich beruigt, der zu betonen mag, er sei Freund und Nachbar in einer Stadt, in der ununterbar an der Säule fattergebene Auftrugs wohnende Bürger den Aufruch unter Eid leugnen; in einer Stadt, in der an gerichtsstelle ein Staatsanwalt von einer Friedhöfstille sprechen kann, die ich in meinem 850 Meter entfernt liegenden Hause durch das geschlossene Fenster als Auftrugsgebilde gehört habe, habe ich allerdings die Ueberzeugung, selbst für meine Sicherheit sorgen zu müssen. Am so mehr, als in der allgemeinen Zustofsigkeit meine hartlos über die Straße gehende Frau als „Dreckschub“ beschimpft wurde, aus der gewöhnlichen Volksanweisung heraus am Kanal, am 10. oder 11. November 1913, zwischen 12 und 1 Uhr mittags.“

St die Frau Majorin wirklich vor zwei Monaten so beschimpft worden, lo es doch wohl auch andere Mittel zur Sühne, als die aufreizenden Beschimpfungen der Zivilbevölkerung Zaberers und dieses Tröden mit der Wifote. Diese Art „Schmeichelei“, wie sie hier wieder an den Tag tritt, ist ja in der Lage der Straßburger Freiwilrige und der Reuterei-Bezirkshilfe psychologisch verständlich, aber daß sie nicht von der Friedensliebe gemister Reute zeugt, sondern von der Eucht, neue Zwischenfälle hervorzurufen, dürfte klar am Tag liegen.

Parteinachrichten.

Preußenbund und nationalliberale Partei. Es ist der Versuch gemacht worden, den Preußenbund als eine Vereinigung aus Mittelsachsen und Westfalen zu bilden. Der „Preußenbund“ hat darauf hinweisen zu müssen geäußert, daß losar der Vorhänge, Handelsammerpräsident Dr. Kade in Hannover, der nationalliberalen Partei angehört. Demgegenüber schreibt die Geschäftsstelle der nationalliberalen Partei in Hannover: „Dieser Versuch, den Vorhänge des Preußenbundes der nationalliberalen Partei an die Hand zu legen, ist durchaus unzulässig. Die nationalliberale Partei ist allerdings einmal Vorhänge der nationalliberalen Jugendvereins und Wortbandmittel des nationalliberalen Vereins in Hannover. Doch schon vor reichlich 5 Jahren traten scharfe Gegensätze hervor, lo daß sich die Generalversammlung des nationalliberalen Vereins vom 8. Dezember 1909 veranlaßt sah, durch eine energische Resolution gegen Herrn Dr. Kade Stellung zu nehmen. Damit waren keine Beziehungen zur nationalliberalen Partei erhaltlich geblieben. Seit dieser Zeit gehört Herr Dr. Kade zu den ausschließlichen Gegnern der nationalliberalen Partei.“ Die konservative Partei, lo bemerkt dazu die parteiliche „Partijoy Korz“, wird also wohl oder übel den Preußenbund ganz für sich behalten müssen.

Der Wahlkampf im Reichstagswahlkreis Terschow I und II, wo am 10. Februar der erste Wahlgang stattfinden wird, ist zurzeit überhört lebhaft, da vorläufig kaum zu sagen ist, welche von den drei Kandidaten in die Stichwahl kommen werden. Das Zahlenverhältnis von 1907: Konföderation (bei der Hauptwahl) rund 11 000, Preußen 8500, Sozialdemokrat 8200 Stimmen, und von 1912: Konföderation 9800, Preußen 8200 und Sozialdemokrat rund 12 000 Stimmen läßt bestimmte Schlüsse für den Verlauf der bevorstehenden Ergänzungswahl nicht zu. Bei bürgerliche Kandidaten hoffen in die Stichwahl zu kommen. Nach allen Berichten aus dem Wahlkreis gewinnt der fortwärtliche Kandidat Koblert, der von den Nationalliberalen kräftig unterstützt wird, an Terrain. Die Konföderation suchen — um die Liberalen von vornherein in ihrer Agitation lahm zu legen, wie gewöhnlich, ein Stichwahlabkommen zu erreichen. Sie glauben, dabei immer auf ihre Rechnung zu kommen, da ein solches Stichwahlabkommen bei einem Teil der bürgerlichen Wähler, die zur Kategorie der Wählbarer gehören, Abstrafen gegen den Fortschrittler erweist, während eine Ablehnung des Stichwahlabgebots dem fortwärtlichen Kandidaten den äußersten rechten Flügel der Nationalliberalen

entfernen würde. Verständigweise hat man die Konföderation mit ihrem alten Ziel abzuweichen lassen und sich nicht gebunden. Es ist ja übrigens eine alte Parteiwahrsheit, daß keine Partei in der Stichwahl ihre Wähler in der Hand hat, wenn sie eine Parole ausgibt, die ihren Wählern gegen den Stroh geht. Es ist daher ganz möglich, schon jetzt über Stichwahlparolen zu schreiben, die doch — auch von den Konföderation — nicht befolgt werden.

Hof- und Personalnachrichten.

Zur Feier des kaiserlichen Geburtstages sind gestern (Sonntag) abend in Berlin eintrafen: Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen, Prinzessin Karoline Mathilde von Solteim-Gladburg, die im Palais Wilhelmstr. 72 (mit Korsettentia von Garthausen) und Prinz und Prinzessin Adolf zu Schaumburg-Lippe. Am Nachmittag waren schon auf dem Anhalter Bahnhof der Herzog und die Herzogin von Sachsen-Coburg und Gotha eingetroffen und haben im Palais Wilhelmstr. 72 Wohnung genommen. — Das Großherzogpaar von Hessen hat, wie aus Darmstadt gemeldet wird, die Reise nach Berlin zur Feier des Geburtsfestes des Kaisers abgelehrt, weil der zweite Sohn, Prinz Ludwig, stöchtig erkrankt ist.

Ausland.

Benizelos in Berlin.

Berlin, 26. Januar. Der griechische Ministerpräsident Benizelos ist heute morgen 8 Uhr 10 Min. mit dem Nordpreußag auf dem Friedrichstraße eingetroffen. Er wurde vom griechischen Gesandten und dem Personal der Gesandtschaft empfangen.

Ein deutscher Kreuzer in Haiti.

Von St. Thomas ist der Kreuzer „Binea“ zum Schutz der deutschen Interessen nach Haiti abgegangen. — Dort hat sich zur Abwechslung ähnlich wie in Mexiko eine Revolution eingetun, und die Verhältnisse sind schon lo schwierig geworden, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika ein Eingreifen in Erwägung ziehen.

Vom Balkan.

Der frühere Präsident der proorthodoxen Regierung von Albanien, Ismail Kemal Bei, begab sich von Balona nach Brindisi. Er wird einige Tage in Italien bleiben und dann nach Berlin reisen, um mit dem Prinzen zu Wied zusammen zu treffen. — Die hellenische Regierung hat die Amnestierung sämtlicher in griechischen Gefängnissen befindlichen bulgarischer Gefangenen zugiechen. Nach Durchföhrung dieses Verfahrens werden die beiden Regierungen zur Wiederherstellung normaler diplomatischer Beziehungen streben, indem die beiderseitigen diplomatischen Vertreter ernannt werden. Die griechisch-bulgarische Streitfrage wird dem Bukarester Vertrage gemäß einer schiedsrichterlichen Entscheidung unterbreitet werden. — Zwischen Griechenland und der Türkei herrscht dagegen noch immer ein schärferer Ton wegen der Inselfrage.

In Widerspruch der Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland jagt der Konstantinopeler offizielle „Jeune Turc“.

Da die Entscheidung Europas bezüglich der Inseln in den Augen der Türkei nichtig ist, eribrigt nur die Lösung der Frage zwischen Griechenland und der Türkei allein. Das Blatt gibt zu, daß es möglich wäre, eine solche Lösung zu finden, die den berechtigten Forderungen der Türkei Rechnung tragen und andererseits der Eigenliebe Griechenlands Genuegnung bieten würde. — In griechischen diplomatischen Kreisen Konstantinopels werden die Meldungen von direkten Verhandlungen zwischen der Türkei und Griechenland bezüglich der Inseln demotiert, und es wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß solche Verhandlungen ausgeschlossen erscheinen. Ebenso werden die Meldungen bekritten, daß Rumänien die Vermittlerrolle übernehmen würde. In Fortkreisen beharrt man auf dem eingegangenen Standpunkt, doch werden die Gerichte, daß die Porte den Versuch gemacht habe, oder die Wifot hätte, auf Chios Truppen zu landen, als absurd demotiert, da ein solches Unternehmen unmöglich wäre, bevor die Herrschaft der Türkei zur See gesichert wäre. In Komiteekreisen heißt es, die Porte könnte einen Vergleich annehmen, gegründet auf die Rückgabe von Chios und Mytilene an die Türkei, wogegen an Griechenland einige Inseln des Dodekanesos, die für die Türkei keinen Wert hätten, abgetreten würden, darunter, wie man behauptet, sogar Rhodos.

Wenn nicht alles trügt, ist also die Türkei trotz ihrer unteugar siederhaften Klüftungen am letzten Ende doch eher einem glücklichen Vergleiche als einem neuen Kriege geneigt.

Daran ändert es auch nichts, daß der Exultant Abdul Hamid den Wunsch äußert, für die türkische Flotte eine Million Pfund (= 18 Mill. Mark) in vier Raten zu spenden. Bezeugungsvoller kann dagegen werden die

Sanktionskonferenz in Petersburg.

Aus Anlaß der bevorstehenden Ankunft des Ministerpräsidenten Benizelos stellt nämlich der „Reich“ fest, daß der russische Kriegsminister sowie der bulgarische Delegierte Tschiraf bereits in Petersburg befinden. Auch Wifotshied treffe ein. Die gleichzeitige Anwesenheit der Vertreter der Balkanstaaten in Petersburg legt zwar durch verständigartige Gründe veranlaßt, könne aber große politische Bedeutung erhalten, da Benizelos und Wifotshied mit Salonon in jedem Falle über die albanische Frage konferieren würden. — Kronprinz Alexander von Serbien ist ebenfalls in Petersburg eingetroffen. — Offiziell wird dieser Waffenscheid von Balkanländern mit der Teilnahme an der feierlichen Entschlingung des Denkmals für den Großfürsten Nikolai Nikolaewitsch motiviert, die am Sonntag in Gegenwart des Zaren und aller Minister stattfand. Aber bei der unsäen Auerhochpolitik, die Rußland in Balkanfragen von jeher betrieb, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß der Zar abermals den Balkan unter seine Fuß zu bringen vermag.

